**Deutscher Bundestag** **Drucksache 18/8681**

**18. Wahlperiode** 06.06.2016

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Özcan Mutlu, Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/6048 –**

**UN-Nachhaltigkeitsziel 4 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern**

## A. Problem

Die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) werden nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen mit den Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in Paris für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele leistete einen wesentlichen Beitrag für Frieden, Demokratie und eine auf den Menschenrechten fußende nachhaltige Entwicklung. Das UN-Nachhaltigkeitsziel 4 verpflichte auch die Bundesrepublik Deutschland, für alle Altersgruppen hochwertige Bildungsangebote vorzuhalten. Zu diesen Bildungsangeboten müssten alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft, einer Behinderung oder dem Leben in einer prekären Lage als Kind oder Jugendliche, Zugang haben. Die Angebote seien so auszugestalten, dass alle Menschen das Wissen und die Fertigkeiten erlernen könnten, die sie für das selbstbestimmte Nutzen aller Möglichkeiten und die volle Teilhabe an der Gesellschaft bräuchten.

## B. Lösung

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgefordert werden, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzusetzen. Zudem müsse die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung gerade auch in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen.

Deswegen sei im Sinne der Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels 4 die Qualität der Kindertagesbetreuung zu verbessern, die gesellschaftliche Öffnung der Universitäten und Fachhochschulen weiter voranzutreiben, gemeinsam mit den Ländern für mehr barrierefreie Ganztagsschulen zu sorgen und das inklusive Lernen sowie lebenslanges Lernen mit einem Gesetz zur Weiterbildungsförderung zu fördern.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

## C. Alternativen

Annahme des Antrags.

## D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/6048 abzulehnen.

Berlin, den 13. April 2016

**Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Patricia Lips**
Vorsitzende

**Xaver Jung**
Berichterstatter

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**
Berichterstatter

**Dr. Rosemarie Hein**
Berichterstatterin

**Özcan Mutlu**
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Xaver Jung, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Rosemarie Hein und Özcan Mutlu

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/6048** in seiner 124. Sitzung am 24. September 2015 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) werden nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen mit den Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in Paris für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele leisteten einen wesentlichen Beitrag für Frieden, Demokratie und eine auf den Menschenrechten fußende nachhaltige Entwicklung. Das UN-Nachhaltigkeitsziel 4 verpflichte auch die Bundesrepublik Deutschland, für alle Altersgruppen hochwertige Bildungsangebote vorzuhalten. Zu diesen Bildungsangeboten müssten alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft, einer Behinderung oder dem Leben in einer prekären Lage als Kind oder Jugendliche, Zugang haben. Die Angebote seien so auszugestalten, dass alle Menschen das Wissen und die Fertigkeiten erlernen könnten, die sie für das selbstbestimmte Nutzen aller Möglichkeiten und die volle Teilhabe an der Gesellschaft bräuchten.

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgefordert werden, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzusetzen. Zudem müsse die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung gerade auch in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen. Auch wenn es sich nicht um unmittelbare Aufgaben des Bundes handle, müsse er auch dazu beitragen, das Bildungssystem so auszustatten, dass es die Grundlage für eine offene, gerechte, inklusive und nachhaltige Gesellschaft schaffen könne.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung im Sinne der Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels 4 aufgefordert werden, die Qualität der Kindertagesbetreuung zu verbessern, die gesellschaftliche Öffnung der Universitäten und Fachhochschulen weiter voranzutreiben, gemeinsam mit den Ländern für mehr barrierefreie Ganztagsschulen zu sorgen und das inklusive Lernen sowie lebenslanges Lernen mit einem Gesetz zur Weiterbildungsförderung zu fördern.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** haben jeweils in der Sitzung am 13. April 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/6048 abzulehnen.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 13. April 2016 ohne Aussprache abschließend beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6048 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Berlin, den 13. April 2016

**Xaver Jung**
Berichterstatter

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**
Berichterstatter

**Dr. Rosemarie Hein**
Berichterstatterin

**Özcan Mutlu**
Berichterstatter



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333